



Landtags-Infoblatt

Spitalsreform im Landtag: KPÖ warnt vor Versorgungsengpass

Claudia Klimt-Weithaler: „Gesamte Reform beruht darauf, dass Kosten von GKK übernommen werden“

Am 4. Juli wurde dem steirischen Landtag der Regionale Strukturplan Gesundheit 2025 („Spitalsreform“) zur Kenntnis gebracht. Alle wesentlichen Entscheidungen wurden bereits getroffen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler beleuchtete einen Tag zuvor in einem Pressegespräch die Risiken und Probleme, die mit dem von Gesundheitslandesrat Christopher Drexler vertretenen Konzept verbunden sind. Das Hauptproblem liegt aus Sicht der KPÖ darin, dass das Land 800 Spitalbetten einsparen wird, ohne rechtzeitig für Ersatz zu sorgen. Die Verantwortung für die Einrichtung von Gesundheitszentren, welche in ausreichender Anzahl grundsätzlich einen Ersatz für geschlossene Spitäler und Abteilungen darstellen könnten, wird auf die Krankenkassen abgewälzt. Diese lassen jedoch keinerlei Bereitschaft erkennen, die entstehenden Versorgungslücken auf eigene Kosten zu schließen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die gesamte Gesundheitsreform stellt in der vorliegenden Form ein hohes Risiko dar, da die nötige Versorgungsdichte nicht garantiert ist.

Vielmehr beruht das Konzept auf der Wunschvorstellung, dass das Land die Kosten anderen umhängen kann.“

Der RSG 2025 unter der Lupe Die Eckpunkte:

- Minus 800 Krankenhausbetten, Wegfall von Abteilungen und Spitalern fixiert, Ersatz unklar
- Mehrere 24-Stunden-Ambulanzen fallen weg
- Keine einzige zusätzliche Stelle für Allgemeinmedizin vorgesehen
- Abbau der Kassenstellen von Kinderärzten, obwohl die Versorgung mangelhaft ist
- Ein Gesundheitszentrum ersetzt drei Einzelordinationen

Von ursprünglich 100 in der Steiermark geplanten Gesundheitszentren (auch Primärversorgungszentren genannt) bleiben bis 2021 nur 11 übrig. Ob später weitere errichtet werden, hängt von einer neuen Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und der Zustimmung der Sozialversicherungen bzw. der Ärztekammer ab. Ob die bis 2025 nötigen 30 Gesundheitszentren in der Steiermark erreicht werden, ist keinesfalls gesichert!



Claudia Klimt-Weithaler

Verbindliche Ziele werden nur in Bezug auf Einsparungen und Kürzungen festgelegt (z.B. Belagsdauer, Bettenreduktion, Reduktion der Kassenstellen), nicht aber in Bezug auf qualitative Verbesserungen.

- Die Zahl der Wahlärzte ist in der Steiermark seit 2005 um 50 % gestiegen (von 837 auf 1.258). Steiermark ist das Land mit der geringsten Kassenärzte-Dichte (1 Kassenarzt auf 1.253 Patienten).

Der RSG 2025 enthält grundsätzlich positive Zielsetzungen: Stärkung der Primärversorgung und der Prävention, bessere Betreuung von chronisch Kranken. Davon bleibt aber in der Praxis nicht viel über, nur die Kürzungen werden alle vollzogen.

- Das gesamte Konzept beruht auf der Wunschvorstellung, der Bund und vor allem die GKK würden Kosten und Aufgaben, die bisher von der KA-Ges getragen wurden, zu einem großen Teil (mindestens 50 %) übernehmen. Es gibt aber keine Signale, dass dies

auch nur ansatzweise Realität werden könnte.

- Der fortschreitenden Zweiklassenmedizin wird nicht Einhalt geboten.
- Werden Angebote reduziert, eingespart und beseitigt, ohne dass ein Ersatz besteht, wird es unvermeidlich zu (dauerhaften) Versorgungsengpässen kommen!

Eine transparente Warteliste auf OPs ist in der Steiermark im Gegensatz zu anderen Bundesländern immer noch nicht verwirklicht.

Positive Aspekte:

- Einrichtung eines telefonischen Erstkontaktes, der ausschließlich von ÄrztInnen betrieben wird.
- Die befürchtete Privatisierung durch von Investoren und gewinnorientierten Firmen betriebenen Gesundheitszentren wurde vom Nationalrat (überraschend, da erst in letzter Sekunde Ende Juni 2017 entsprechende Formulierungen wieder aus dem Gesetzesentwurf gestrichen wurden) vorerst unterbunden. ABER: Aufgrund einer EuGH-Entscheidung zur Hartlauer GmbH können private (ausländische) Investoren nur solange vom Gesundheitssektor ferngehalten werden, solange die Versorgungssicherheit und Versorgungsdichte gewährleistet ist.

Was will die KPÖ?

Der erste Schritt muss sein, im niedergelassenen Bereich die nötigen Strukturen aufzubauen, damit die Menschen dort eine si-

Fortsetzung umseitig

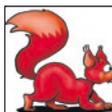
chere, medizinisch hochwertige, wohnortnahe Versorgung vorfinden. Eine Kürzung der stationären Versorgung darf nur erfolgen, wenn betroffene Einrichtungen erwiesenermaßen aus medizinischer Sicht nicht notwendig sind.

- Die Versorgung muss durch kassenfinanzierte Einrichtungen gesichert sein. Privat- und Wahlärzte dürfen nicht versorgungsrelevant sein.
- Die Kassenverträge auch für AllgemeinmedizinerInnen in Einzelordinationen müssen verbessert werden. Vieles an Therapien oder Diagnosen könnte dann abgefangen werden. Es muss ein verbindlicher allgemeiner Versorgungskatalog für die Primärversorgung definiert werden.
- Die Umgestaltung des Gesundheitssystems muss offen, rational und transparent diskutiert und nicht von oben herab diktiert werden. Beschlüsse müssen demokratisch gefasst werden.



folia.com - wolffiser



 Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

„MITMACHEN – BETEILIGEN“: KPÖ-Initiative für mehr Demokratie

Seit 2015 ist Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Klubobfrau im steirischen Landtag, Vorsitzende des Petitionsausschusses. In diesem Ausschuss können alle Steirerinnen und Steirer ihre Anliegen direkt an die Landespolitik herantragen. Davon machen immer mehr Menschen Gebrauch. Die KPÖ unterstützt sie dabei.

Neu ist, dass alle, die 100 Unterschriften sammeln, ihre Petition vor den Abgeordneten und dem zuständigen Regierungsmitglied persönlich vorstellen dürfen.

Die KPÖ hat eine Broschüre erstellt, in der die Abläufe genau erklärt werden. Auch andere Instrumente der direkten Demokratie werden darin vorgestellt. Leider ist das Volksrechtsgesetz mangelhaft, die meisten Mittel sind für die Bürgerinnen und Bürger zu kompliziert und aufwendig, gleichzeitig gibt es keine Verbindlichkeit, was die Umsetzung von Anliegen anbelangt. Petitionen sind dagegen einfach ohne großen Aufwand einzubringen.

Claudia Klimt-Weithaler präsentierte auch die Jahresberichte des Petitionsausschusses für 2015 und 2016. Die Unterlage zeigt, welche Anliegen die Menschen

an den Landtag herangetragen haben und wie die Politik damit umgegangen ist. Die Bandbreite reicht vom Wunsch nach Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen bis zum Schutz der heimischen Bienenrasse Carnica. Im Vordergrund stehen Tier- und Naturschutzanliegen, zuletzt auch die Auswirkungen der Abschaffung der Wohnbeihilfe unter SPÖ-Landesrätin Kampus. Claudia Klimt-Weithaler: „Ich möchte allen Steirerinnen und Steirern Mut machen, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Die KPÖ möchte mit dem heute vorgestellten Leitfaden dafür eine

*mitmachen
beteiligen*



Möglichkeiten der direkten Demokratie in der Steiermark

Bestellung der Broschüre im KPÖ-Landtagsklub: Tel. 0316/877-510

Unterstützung anbieten. Ich werde auch darauf achten, dass die Anliegen von der Landespolitik ernst genommen werden.“

Arbeitsmarkt: Vollzeitstellen statt Lohndumping!

LABg. Werner Murgg (KPÖ) hinterfragt „zweiten Arbeitsmarkt“ und setzt sich für Lehrlingsfonds ein

Am 4. Juli behandelte der steirische Landtag den Wirtschaftsbericht für das Jahr 2016. KPÖ-LABg. Werner Murgg sprach in seiner Wortmeldung zwei Probleme an: die rückläufige Lehrlingszahl und das Lohndumping am sogenannten zweiten Arbeitsmarkt.

Die KPÖ brachte dazu zwei Anträge ein:

- Einrichtung eines Lehrlingsfonds, um notwendige Lehrstellen zu schaffen und die Jugendlichen zu unterstützen, eine Lehre zu absolvieren.
 - Statt auf den „zweiten Arbeitsmarkt“ zu setzen, der Lohndumping befördert, im Rahmen der Beschäftigungsaktion der Bundesregierung 20.000 Vollzeitarbeitsplätze zu schaffen, die mit mindestens 1500 Euro entlohnt werden.
- Werner Murgg: „Die Anzahl der

Lehrlinge ist in manchen Branchen drastisch zurückgegangen, etwa um 3,9 % in der Industrie, 3,7 % in Handel und Gewerbe. Immer wieder hören wir, dass es nicht genug qualifizierte Arbeitskräfte bei uns gibt. Aber wenn immer weniger Lehrlinge ausgebildet werden, dürfen wir uns darüber nicht wundern.“
Dumpinglöhne, wie sie etwa im Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich vorgesehen sind, dürfen aus Sicht der KPÖ nicht als Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zur Anwendung kommen. In der Steiermark haben die über 50-Jährigen im Jahr 2016 28,2 Prozent aller als arbeitslos vorgemerkten Personen ausgemacht, wie dem Wirtschaftsbericht 2016 zu entnehmen ist. Die Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe stieg gegenüber dem Vorjahr um 53,3 Prozent, auch die Gesamtarbeits-

losigkeit stieg bei den über 50-Jährigen in der Steiermark um 9,2 Prozent, was weit über dem österreichweiten Zuwachs liegt.

„Die Antwort darauf kann nicht sein, die Betroffenen in Jobs zu drängen, bei denen sie während ihres befristeten Dienstverhältnisses kaum genug verdienen, um die Kosten des täglichen Lebens abzudecken. Auch das künftige Arbeitslosengeld und der Pensionsanspruch sind davon negativ betroffen“, warnt Murgg. So werde dauerhafte Armut erzeugt.



Werner Murgg

Einsatz für günstigere ÖV-Tarife

LAbg. Werner Murgg (KPÖ): „Der Teuerung einen Riegel vorschieben“

Der steirische Landtag beschäftigte sich mit den Problemen des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz. Jeder dritte steirische Arbeitsplatz befindet sich in Graz, über 90.000 Menschen pendeln täglich ein. Das entspricht der Hälfte der in Graz Beschäftigten. 40.000 Personen pendeln täglich aus Graz aus. Die Verkehrspolitik des Landes wird den Anforderungen nicht gerecht, betonte KPÖ-LAbg. Werner Murgg in seiner Wortmeldung. Der Großraum Graz erstickt im Verkehr. Trotzdem erhöht der

Verkehrsverbund mit Billigung der Landesregierung die Ticketpreise jährlich. Am 1. Juli 2017 erfolgte die nächste Teuerung um 1,6%. Grundlage dafür ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindex durchzuführen. „Dieser überproportionalen Teuerung auf Kosten aller, die auf den Öffentlichen Verkehrs angewiesen ist oder ihn aus ökologischen Gründen nutzen, muss ein Riegel vorgeschoben werden“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Ein neu-

erlicher Antrag der KPÖ auf Abschaffung dieser extremen Teuerung wurde in der Sitzung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Dass günstige Preise Wirkung zeigen, beweist das Beispiel der Landeshauptstadt Graz: 2014 wurde die Jahreskarte noch von 12.000 Fahrgästen in Anspruch genommen. 2015 erwarben 32.000 Menschen eine Jahreskarte, nachdem der Preis auf Betreiben der KPÖ von 399 auf 228 Euro gesenkt wurde. Eine Ausweitung der Grazer Zonenkarte auf den gesamten Bezirk Graz-Umgebung ist ebenfalls



dringend geboten. Die KPÖ unternahm einen weiteren Vorstoß, die Seniorenkarte im Verbundsystem von der ÖBB-Vorteilskarte loszulösen. Dadurch entstehen für alle, die die ÖBB nicht nutzen, Mehrkosten von 29 Euro. Diese Vorschläge wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Endlich Versicherungsschutz für steirische Ehrenamtliche

„Sicherheit wichtiger als Sekt und Brötchen“

Die Regierungsparteien schmücken sich gerne mit der Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen in der Steiermark. Laut Bericht des Sozialministeriums erbringen diese jährlich Leistungen im Wert von 1,5 Milliarden (!) Euro. Einen Versicherungsschutz für die ehrenamtlich Tätigen verschleppte die SPÖ-ÖVP-Mehrheit im steirischen Landtag mehrere Jahre lang. Nun wird die Forderung aber umgesetzt, freut sich KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, von der die Initiative ausgegangen war. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Wenn sich jemand ehrenamtlich engagiert, darf in Folge eines Unfalls oder Missgeschicks nicht die Existenz auf dem Spiel stehen. Die Landesregierung verteilt gerne Sekt, Brötchen und auch Preise an die Ehrenamtlichen. Wichtiger ist aber, ihnen Sicherheit zu geben. Das geschieht

nun endlich, worüber ich mich sehr freue.“

In Vorarlberg, Oberösterreich und auch in der Landeshauptstadt Graz gibt es längst eine Versicherung für ehrenamtlich Tätigen. Ein Versicherungsschutz für die in der Steiermark ehrenamtlich Tätigen kostet laut Anfragebeantwortung durch die Landesregierung im November 2011 weniger als 100.000 Euro jährlich.

Klimt-Weithaler: „Die Zahl der Ehrenamtlichen ist zuletzt zurückgegangen. Ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder mit vielen Menschen, die in Vereinen tätig sind, gesprochen und von allen das gleiche gehört: Dass vielen das Risiko zu hoch ist und dass es sich die Vereine selbst nicht leisten können, eine Versicherung abzuschließen – weil sie so starke Budgetkürzungen hinnehmen mussten.“

KPÖ: Obdachlose brauchen Hilfe statt Kürzungen!

Claudia Klimt-Weithaler: „Steirische Sozialpolitik ist auf einem Irrweg“

Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) hat im Vorjahr neue Regeln für die Mindestsicherung eingeführt.

Am härtesten betroffen sind Obdachlose, die keine Unterstützung für Wohnkosten mehr bekommen. Das Landesverwaltungsgericht hat diese Praxis untersagt, das Land beruft dagegen. Bis zum Urteil wird die Beihilfe aber wieder ausbezahlt. Die KPÖ befragte dazu am 20. Juni Landesrätin Kampus im Landtag.

Kritik kommt nicht nur von der KPÖ, sondern auch von der Caritas. „Man verschärft die Situation, das ist hausgemachte Wohnungslosigkeit“, wird ein Mitarbeiter in einer Grazer Zeitung zitiert. Denn früher konnten Wohnungslose die Beihilfe zu den Wohnkosten ansparen, um möglichst schnell wieder eine eigene

Wohnung beziehen zu können. Durch die fragwürdigen Sparpläne des Sozialressorts bleiben diese Menschen viel länger auf der Straße oder in Einrichtungen wie der Notschlafstelle, wenn das Land Steiermark die Beihilfe nicht mehr ausbezahlt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler forderte Landesrätin Kampus (SPÖ) auf, unabhängig von der Entscheidung des Höchstgerichts auf diese Einsparung auf Kosten der Ärmsten zu verzichten: „Obdachlose brauchen Hilfe statt Kürzungen. Es ist Aufgabe der Sozialpolitik, diesen Menschen zu helfen, wieder ein Dach über dem Kopf zu finden. Die steirische Sozialpolitik ist auf einem Irrweg. Die KPÖ tritt dafür ein, wieder zur alten Regelung zurückzukehren und Obdachlosen den Wohnbedarf uneingeschränkt zuzugestehen.“

„Heimkinder“: Nach Nein im Dezember lenkte Regierung ein Wichtiger Schritt für Missbrauchsoffer

Viele Menschen, die als Kinder in Heimen untergebracht waren und dort misshandelt bzw. missbraucht wurden, leiden nach wie vor an den traumatischen Erlebnissen. In der Steiermark setzte die Landesregierung als Konsequenz eine Opferschutzkommission ein. Diese 2013 ihre Tätigkeit eingestellt. Da es aber nach wie vor viele Be-

troffene gibt, deren Fälle nicht aufgearbeitet wurden, beantragte die KPÖ im Landtag die Wiederaufnahme der Arbeit der Opferschutzkommission. Dies wurde im Dezember 2016 von SPÖ und ÖVP abgelehnt – es sei kein Bedarf gegeben, so die Argumentation.

Nachdem zuletzt ein besonders schockierender Fall bekannt ge-

worden war, konnte sich Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) der Diskussion nicht länger entziehen. Sie erklärte sich heute bereit, für Betroffene eine Anlaufstelle einzurichten. Diese ist beim Gewaltschutzzentrum in der Grazer Granatengasse 4 (MO bis DO 8 bis 16 Uhr, FR 8 bis 13 Uhr, Tel. 0316/774199) angesiedelt. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-

Weithaler: „Dass die Landesregierung nun einlenkt, ist sehr erfreulich, auch wenn der Schritt mit viel Verspätung erfolgt. Es ist aber eine wichtige Geste gegenüber allen Menschen, die als Kinder und Jugendliche in öffentlicher Obhut misshandelt wurden und dabei mit Erlebnissen zurechtkommen müssen, die nie wieder gutzumachen sind.“

Steirische Landesregierung: Bei Halbzeit kein Grund zum Jubeln

Selbstbeweihräucherung der Landesregierung steht in krassem Gegensatz zu Serienfehlschlägen

In einer Pressekonferenz zog die steirische ÖVP-SPÖ-Regierung eine Zwischenbilanz. Dabei gab es erwartungsgemäß viel Selbstlob. Von den zahlreichen Fehlschlägen (z.B. Wohnunterstützung) und nicht umgesetzten Vorhaben (Neuregelung der Pflegefinanzierung) war dagegen nicht die Rede. Das größte Vorhaben der Koalition ist die Spitalsreform, die bis 2035 umgesetzt werden soll. Wie die Versorgung nach der Schließung der Hälfte der steirischen Krankenhäuser aufrechterhalten

werden soll, wurde bisher nur mit Leerformeln beantwortet. Bei der zweiten großen Baustelle des Landes, den explodierenden Pflegekosten am gewinnorientierten, privaten Sektor, wurde kein Fortschritt erzielt.

Zu einem **Fiasko** wurde der unbeholfene Versuch, die Einkaufszentren in Seiersberg auf eine unanfechtbare legale Basis zu stellen.

Im Sozialressort kam es zu einer erschreckenden Serie von Fehlschlägen:

- Die Abschaffung der Wohnbeihilfe bzw. Einführung der „Wohnunterstützung“ wurde dilettantisch vorbereitet und katastrophal umgesetzt. Tau-

sende Steirerinnen und Steirer verloren ihre lebensnotwendige Beihilfe oder mussten monatelang auf Nachrichten warten. Vorschläge und Kritik wurden monatelang ignoriert, bis das Gesetz dann doch repariert werden musste – ohne alle Unzulänglichkeiten zu korrigieren.

- Bei der Einführung des Kautionsfonds wurden Vorschläge ebenso ignoriert. Das groß angekündigte Vorhaben wurde zu einem Flop, nur ein Bruchteil der steirischen Gemeinden beteiligt sich an dem bürokratischen Modell. Jetzt wurde der Vollzug einfach an gemeinnützige Organisationen ausgegliedert.
- Obwohl bekannt war, dass mehrere Opfer von Misshand-

lungen in staatlichen Einrichtungen keine Anlaufstelle haben, wurde der KPÖ-Antrag auf Weiterführung der Opferchutzkommission vehement abgelehnt, deren Notwendigkeit in Abrede gestellt. Nach monatelanger Verleugnung des Problems wurde nun eine Anlaufstelle eingerichtet.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Im Sozialressort liegt vieles im Argen. Fast alle Vorhaben müssen nach kurzer Zeit korrigiert werden. Konstruktive Vorschläge werden nicht aufgenommen, wichtige Gesetze wurden ohne Begutachtung beschlossen. Es ist zu hoffen, dass die zweite Hälfte der Landtagsperiode von weniger Fehlschlägen begleitet werden wird.“

Alle reden von KERN, KURZ oder PILZ

Wir reden davon, dass Wohnen nicht arm machen darf

Die steirische KPÖ wird bei der Nationalratswahl am 15. Oktober mit LAbg. Claudia Klimt-Weithaler als Spitzenkandidatin antreten.

Die Menschen sind enttäuscht von einem politischen System, das sich immer korrupter gebärdet und statt konkreter Verbesserungen

des Lebens die billige Show einiger Politiker anbietet.

Hier zeigt die KPÖ Haltung und stellt ein Thema zur Wahl, das alle betrifft: Die steigenden Wohnkosten. Mit einer Unter-

schriftensammlung wollen wir bewirken, dass das Thema Wohnen im kommenden Nationalrat auf die Tagesordnung kommt. Bitte machen Sie von der Unterschriftenliste Gebrauch!



www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

www.kpoeplus.at

AUFRUF

Damit die KPÖ+ bei der Nationalratswahl antreten kann, benötigen wir steiermarkweit 400 von der Gemeinde beglaubigte Unterschriften. Falls Sie bereit sind, uns zu unterstützen, rufen Sie uns bitte an (Tel. 0316 / 71 24 79) oder schreiben Sie an: KPÖ, Volkshaus Graz# Lagergasse 98a, 8020 Graz

jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Wohnen darf nicht **arm** machen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



Unterschriften bitte an KPÖ, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Tel. 0316 / 71 24 79 • Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at